BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/SUB
Deine Stimme für Cottbus!

06.10.2026

Fraktion Bündnis90/Die Grünen/SUB
Raum 3.8b - Erich-Kästner-Platz 1
03046 Cottbus

**Anfrage an das Büro des
Oberbürgermeisters der Stadt
Cottbus/ Chóśebuz**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen / SUB zum Start-Chancen-Programm und der Finanzierung von Schulsozialarbeit

Die Gegenfinanzierung von Schulsozialarbeit aus Mitteln der Migrationssozialarbeit (vgl. Informationsvorlage I.1-001/25 I-StV; rund 1,3 Mio. €) sollte zum Jahresende 2025 ausgelaufen sein. Ersatzweise wurden Mittel aus dem Start-Chancen-Programm genutzt. Dieser Weg wurde mit der Beschlussvorlage I.1-014/26 JHA („Jugendsozialarbeit am Standort Schule: Teilfachplanung Schulsozialarbeit 2026–2032“) unterbreitet und am 11. Mai 2026 im Jugendhilfeausschuss mehrheitlich beschlossen; die Stadtverordnetenversammlung hat den Plan am 27. Mai 2026 lediglich zur Kenntnis genommen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. **Welche aus der Migrationssozialarbeit finanzierte Schulsozialarbeit ist zu welchem Zeitpunkt ausgelaufen?**

2. **Aus welchem Teil des Start-Chancen-Programms – SCP-Schulsozialarbeit nach der RL-Schulsozialarbeit-SCP (Säule III) oder Chancenbudget (Säule II) – werden in welchem Umfang Mittel zur Kompensation eingesetzt, und ist diese Verwendung zweckkonform?**

3. **Wie wird die Schulsozialarbeit an den bisher versorgten Schulen ohne Startchancen-Status seit 2026 finanziert?**

4. **Wie verträgt sich der Vorlagenvermerk „keine finanziellen Auswirkungen / bereits im Haushalt geplant“ mit der nach Auslaufen der Migrationssozialarbeit steigenden kommunalen Belastung und welche dauerhafte Anschlussfinanzierung ist nach Ablauf der befristeten Startchancen-Mittel bzw. nach Entscheidung über die Konnexitätsbeschwerde vorgesehen?**

Begründung:
Das Start-Chancen-Programm ist zweckgebunden für die Verbesserung der Chancengerechtigkeit und Unterrichtsqualität an ausgewählten Schulen. Eine Zweckentfremdung zur Kompensation ausgelaufener Landesförderung würde den Fördergedanken unterlaufen und birgt rechtliche Risiken für die Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Schömberg
Fraktionsvorsitzender
Bündnis '90/ Die Grünen/ SUB